

VOLKSINITIATIVE ZUR KANTONSFUSION VON BL UND BS



ein Basel

Kantonsfusion: Erster Schritt auf dem Weg zum Kanton Nordwestschweiz

Jetzt geht es endlich voran. Ein breit abgestütztes Komitee aus Politik, Wirtschaft, Kultur, Sport und Wissenschaft will die Fusion der beiden Basel. Die Menschen, die hier leben, verstehen sich längst als Teil einer Region. Sie fiebern mit dem FCB, freuen sich an Fasnacht und Chienbäse und wenn Roger Federer an Olympia gewinnt, sind wir alle gleichermassen stolz.

Die Lebenswirklichkeit ist regional und nur die Politik hat dies (noch) nicht begriffen. Viele wichtige Anliegen, gerade im Umweltbereich, betreffen die Region, doch entschie-

den wird halb-kantonal. Dabei bleibt viel Gutes und Wichtiges auf der Strecke.

Diese unnötigen Blockaden schaden unserer Zukunftsfähigkeit. Ein Kanton Basel würde eine neue Dynamik erzeugen und verkrustete Strukturen aufbrechen. Wichtige Entwicklungsschritte in der Bildungs-, Umwelt- und Verkehrspolitik könnten endlich realisiert werden. Zudem könnten die Gemeinden endlich gestärkt und besser finanziert werden. Zukünftige Generationen bekämen damit eine echte Chance, ihren Lebensraum zu gestalten und sowohl Lebensqualität wie auch Wohlstand

für alle zu sichern.

Der Weg zum Kanton Basel ist lang. Die jetzt lancierten Initiativen ermöglichen den ersten Schritt: Ende 2013 können wir dann an der Urne darüber abstimmen, ob eine Fusion vertieft geprüft werden soll. Endgültig entschieden würde dann in einer zweiten Abstimmung zirka 2019. 42 Jahre nach der letzten Abstimmung - in einer Zeit, in der sich die Welt stark veränderte - hat unser Kanton und unsere Region diese Chance wahrlich verdient.

Klaus Kirchmayr, Fraktionspräsident Grüne und Landrat Aesch



Rahel Bänziger Keel, Landrätin Binningen

Misstände in der Gesundheitsdirektion beheben

Die Geschäftsprüfungskommission (GPK) des Landrates veröffentlichte einen Bericht über die Volkswirtschaft- und Gesundheitsdirektion (VGD), der massive Defizite in der Planung und Umsetzung ihrer Aufgaben sowie im Bereich der Kommunikation feststellte. Obwohl noch nicht im Landrat behandelt, hat der VGD-Direktor zum GPK-Bericht bereits eine Stellungnahme formuliert. Diese lässt leider befürchten, dass der dringliche Handlungsbedarf nicht erkannt wurde.

Schon des Längeren monieren wir Grünen, dass der VGD-Direktor nur reagiere und nicht agiere, geschweige denn eine sichtbare Strategie verfolge, insbesondere in der Spitalplanung. Der GPK sind bei der Untersuchung solcher Misstände jedoch Grenzen gesetzt, die weitergehende Inspektionen erschweren. Deshalb hält es die Grüne Landratsfraktion für dringend notwendig, dass zur Überprüfung der Planungsprozesse und der Umsetzung parlamentarisch beschlossener Massnahmen innerhalb der VGD eine parlamentarische Untersuchungskommission eingesetzt wird. Am 21. Juni reichte die Fraktion deshalb ein entsprechendes Verfahrenspostulat ein.

Ja zu Jugend und Musik

Die eidgenössische Volksinitiative «Jugend + Musik» will die musikalische Bildung im schulischen und auserschulischen Bereich stärken. Bund und Kantone sollen verpflichtet werden, die musikalische Bildung insbesondere von Kindern und Jugendlichen, zu fördern.

Dazu soll der Bund Grundsätze für den Musikunterricht an Schulen, den Zugang der Jugend zum Musizieren und die Förderung musikalisch Begabter festlegen. Die Initiative wurde zu Gunsten eines direkten Gegenvorschlags zurückgezogen. Zur Abstimmung kommt somit lediglich der direkte Gegenvorschlag, der ausser der Respektierung der Bildungshoheit der Kantone, alle andern Anliegen der

Volksinitiative aufgenommen hat: Der Bund kann Vorschriften erlassen, wenn auf dem Koordinationsweg zwischen den Kantonen keine Harmonisierung der Ziele des Musikunterrichts an Schulen zustande kommt. Das Anliegen, dass der Musikförderung an den Schulen einen ebenso wichtigen Stellenwert wie dem Sport zusteht, wird von allen Parteien unterstützt.

Die Grünen haben von Anfang an das Anliegen der Volksinitiative aktiv unterstützt. Die musikalische Bildung von Kindern und Jugendlichen stellt ein wichtiges gesellschaftliches Anliegen dar. Musik wirkt sich positiv auf die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen aus.

Maya Graf, Nationalrätin Grüne Baselland

Nein zur Initiative «Sicheres Wohnen im Alter»

Die Initiative „Sicheres Wohnen im Alter“ wurde vom Schweizerischen Hauseigentümergebiet ergriffen. Sie verlangt für Personen im Rentenalter eine Wahlfreiheit bei der Wohneigentumsbesteuerung: HausbesitzerInnen im Rentenalter müssten den Eigenmietwert nicht mehr besteuern. Im Gegenzug dürften sie die Schuldzinsen nicht mehr von den Steuern abziehen.

Diese Initiative will, wie die beiden abgelehnten Bausparinitiativen, ein weiteres Mal Wohneigentum bevorzugen. Doch diesmal ist es gleich eine doppelte Ungleichbehandlung: Zwischen den Generationen sowie zwischen MieterInnen und EigentümerInnen im Rentenalter. Dies ist ungerecht.

Statt steuerlicher Eigentumsförderung für RentnerInnen, setzten sich die Grünen seit langem für gezielte Fördermassnahmen für den ökologischen und genossenschaftlichen Wohnungsbau ein.

Wie die Mehrheit des Parlamentes lehnt auch der Bundesrat diese Volksinitiative ab. Er will keine neue Steuer-Ungerechtigkeit schaffen, denn Steuerabzüge sind nicht geeignet, soziale Probleme im Alter zu lösen. Zudem müsste bei Annahme der Initiative mit Steuerausfällen von Bund und Kantonen in der Höhe von 600 Millionen Franken gerechnet werden. Für unseren Kanton würde das pro Jahr zwischen 10 und 15 Millionen Franken ausmachen.

Maya Graf, Nationalrätin Grüne Baselland

Ja zur Initiative «Schutz vor Passivrauchen»

Passivrauchen ist gesundheitsschädigend. Wie WHO-Studien zeigen, stirbt weltweit einer von hundert Menschen an den Folgen des Passivrauchens; weltweit fordert Passivrauchen 600'000 Todesopfer.

Es erhöht zudem das Risiko von Atemweg-, Lungen- und Herz-Kreislauferkrankungen sowie von allen Krebsarten. Je länger NichtraucherInnen den Tabakrauch ihrer Mitmenschen einatmen müssen, umso grösser ist ihr Risiko. Dies betrifft vor allem MitarbeiterInnen von Gastronomiebetrieben mit einem Fumoir: Sie sind während des ganzen Arbeitstages dem Tabakrauch ausgesetzt und haben ein hohes Risiko, im Verlauf ihres Lebens zu erkranken.

Ja zur Initiative «Schluss mit den Steuerprivilegien»

Die Initiative «Schluss mit den Steuerprivilegien» wurde 2011 von der SP eingereicht. Der Regierungsrat arbeitete einen Gegenvorschlag aus, der die Voraussetzungen für die Pauschalbesteuerung erhöht. Mit einer Stichfrage wird geklärt, welche Vorlage den Vorzug erhalten soll, falls beide Vorlagen vom Volk angenommen würden.

Bei einer Pauschalbesteuerung wird die geschuldete Steuer nicht aufgrund von Angaben über Einkünfte und Vermögen, sondern «nach dem Aufwand», d.h. nach den jährlichen Lebenshaltungskosten berechnet. Mit der Initiative sollen alle Personen nach ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit besteuert werden. Es soll keine Ausnahmen geben

Die aktuellen Regelungen bezüglich Raucherbeizen sind in den einzelnen Kantonen sehr unterschiedlich. Dieser Föderalismus auf Kosten der Gesundheit des Servierpersonals soll mit einem einheitlichen, nationalen Gesetz beseitigt werden. Die Arbeitslosigkeit im Gastgewerbe ist relativ hoch. Eine alleinerziehende Mutter kann die Arbeit in einem Fumoir kaum ablehnen, da sie sonst die Erwerbslosigkeit riskiert. Die Initiative «Schutz vor Passivrauchen» hat deshalb auch einen sozialen Inhalt, da sie Schwache und Benachteiligte schützt.

Madeleine Göschke-Chiquet, e. Landrätin

z.B. zur Förderung der Attraktivität unseres Kantons für vermögende Ausländer. Gleichlautende Initiativen sind bereits angenommen worden in den Kantonen Zürich, Schaffhausen und Appenzell Ausserrhoden. Der Gegenvorschlag des Regierungsrates erhöht die Schwelle für die Pauschalbesteuerung deutlich. Er wäre folglich eine wesentliche Verbesserung gegenüber der heutigen Regelung. Allerdings bleibt es bei der ungleichen Bemessung der Steuern.

Die Empfehlung der Mitgliederversammlung der Grünen Baselland lautet: Initiative Ja, Gegenvorschlag Ja, Stichfrage Initiative ankreuzen.

Lotti Stokar, Landrätin Oberwil

Regierungsratskommentar



Isaac Reber, Regierungsrat und
Vorsteher der Sicherheitsdirektion

Konkretisieren statt simulieren

Am 3. August 2012 wurden in beiden Kantonen Fusionsinitiativen lanciert und die nötigen Unterschriften dürften bald zusammen sein. Kernfrage ist, ob auf eine Fusionsdiskussion verbindlich eingetreten werden soll, und nicht eine Fusion selbst. Darüber würde weit später abgestimmt. Zuvor müsste nämlich geklärt werden, wie denn ein gemeinsamer Kanton konkret aussehen würde. Diese Fragen können die Regierungen nicht allein entscheiden. Auch die Parlamente als Gesetzgeber müssten eingebunden und die finanziellen Konsequenzen durchgerechnet werden.

Nüchtern ist also festzustellen: Die Initiativen haben die hängigen Vorstösse für eine Kantonssimulation überholt. Ob sich eine Fusion rechnen würde, ist zudem keine mathematische Frage, sondern vor allem eine des politischen Willens. Eine Simulation eines neuen Kantons zum heutigen Zeitpunkt macht keinen Sinn. Es würde über wacklige Zahlen diskutiert statt über staatspolitische Fragen. Schlimmer noch, es käme zu einer lähmenden Zeit der Ungewissheit und das können wir als Letztes brauchen.

Deshalb: Erst die Eintretensfrage klären und dann allenfalls über Eckwerte diskutieren und rechnen ist der richtige Weg.

Lukas Ott: Erster grüner Stadt- präsident von Liestal



Als erster grüner Stadtpräsident von Liestal ist Lukas Ott gewählt worden. Der bisherige Vizestadtpräsident setzte sich in der Stichwahl vom 17. Juni gegen die amtierende und erneut kandidierende Stadtpräsidentin Regula Gysin (FDP) durch. Lukas Ott hatte bereits bei der Gesamterneuerungswahl des Stadtrates im März das beste Resultat aller Kandidierenden erreicht. Bemerkenswert: Die Hauptorte beider Basel sind mittlerweile in grüner Hand - auch die Stadt Basel hat mit Guy Morin einen grünen Präsidenten. Der Erfolg zeigt auch, dass die Grünen in den Städten mit einem politischen Programm, das auf gute Schulen, familienergänzende Betreuungsangebote, ein breites Kulturangebot, einen ausgebauten öffentlichen Verkehr, verkehrsberuhigte Wohnzonen und Sicherheit setzt, immer mehr auch in Majorzwahlen Erfolg haben.

Das Konsummonster

Das junge grüne Bündnis nordwest (jgb) lancierte im Frühling einen Gestaltungswettbewerb für eine Vorwahlkampagne zu den Grossratswahlen in Basel-Stadt. Das jgb wollte damit eine düstere Zukunftsaussicht darstellen, um die junge Bevölkerung zum Mitbestimmen aufzufordern und an den bevorstehenden baselstädtischen Wahlherbst zu erinnern. Aus den einreichten Projekten wählte eine Jury die Plakatserie mit dem gefräßigen Konsummonster von Tanja Richli aus. Das Konsummonster, das für mehrere Wochen in der Innenstadt auf Plakatwänden zu sehen war, führt dem Betrachtenden den steigenden Konsum(zwang) unserer Gesellschaft vor Augen: Erdbeeren werden im Winter gegessen, der letzte Freiraum privatisiert, günstige WG-Zimmer verschwinden und teure Luxuswohnungen entstehen. Das jgb setzt diesem Trend nun wöchentliche regionale, ökologische und soziale Konsumtipps entgegen, die publiziert werden auf:
www.jungesgruenesbuendnis.ch/konsumtipp

Einladung ins Bundeshaus

Am Montag, 17. September 2012, von 18.00 bis ca. 21.15 Uhr, organisieren die Grünen Baselland einen Besuch im Bundeshaus mit Maya Graf, Erste Vizepräsidentin des Nationalrats. Bitte melden Sie sich mit der beigelegten Antwortkarte an (beschränkte Anzahl Plätze, Teilnahme nach Anmeldedatum).

Abstimmungsparolen zum 23. September 2012

Eidgenössische Vorlagen

JA zum Bundesbeschluss vom 15. März 2012 über die Jugendmusikförderung (Gegenentwurf zur Volksinitiative «Jugend + musik»);

NEIN zur Volksinitiative vom 23. Januar 2009 «Sicheres Wohnen im Alter»;

JA zur Volksinitiative vom 18. Mai 2010 «Schutz vor Passivrauchen».

Kantonale Vorlage

JA zur formulierten Gesetzesinitiative vom 17. März 2012 «Schluss mit den Steuerprivilegien» und

JA zum Gegenvorschlag des Regierungsrates vom 19. April 2012.

STICHFRAGE:

Die Initiative ankreuzen.

Agenda

17.09.2012
Ausflug ins Bundeshaus und Besuch bei Maya Graf im Nationalrat (siehe beiliegende Einladung)

09.10.2012
Mitgliederversammlung
Grüne Baselland

24.11.2012
Delegiertenversammlung
Grüne Partei Schweiz

IMPRESSUM

Herausgeber: Grüne BL, Güterstrasse 83
4053 Basel
Redaktion: info@gruene-bl.ch
Auflage: 1500 Ex.
gedruckt auf Cyclus Offset, 100% Recycling

Werden Sie Mitglied (www.gruene-bl.ch)
oder unterstützen Sie die Grünen BL mit einer
Spende (PC-Konto 40-7608-1). Merci.